

„Künstliche Verteuerung“ – So viel kostet der Erdgas-Exit Verbraucher schon jetzt

Welt, 27.11.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus254658128/Gaspreis-Kuenstliche-Verteuerung-So-viel-kostet-der-Erdgas-Exit-Verbraucher-schon-jetzt.html>

Gas soll in Deutschland auf absehbare Zeit überflüssig werden. Doch noch braucht es Geld für Pipelines und Reservekraftwerke. Investoren soll es dafür leichter gemacht werden, diese Ausgaben zurückzuverdienen. Zulasten der Verbraucher, wie die FDP vorrechnet.

Die Entlassung der FDP aus der Ampelkoalition hat auf ihre Mitglieder eine befreiende Wirkung: Insbesondere rot-grüne Energiepolitik überziehen die Liberalen inzwischen mit schärfster Kritik. Jetzt nehmen sie den geplanten Ausstieg aus der Erdgas-Versorgung ins Visier. „Die Scholz-Regierung mit Wirtschaftsminister Habeck versucht alles, um die Gaskosten zu erhöhen“, kritisiert Gerald Ullrich, Mitglied im FDP-Bundesvorstand und im Wirtschaftsausschuss des Bundestages: „Dies ist in der KANU 2.0 Festlegung der Bundesnetzagentur festgeschrieben, die verpflichtend ab 2026 in Kraft tritt.“

Ullrich bezieht sich auf eine Entscheidung der Bundesnetzagentur (BNetzA). Die Energiemarktbehörde befürchtet, dass niemand mehr in das 550.000 Kilometer lange Erdgas-Netz investiert, wenn die Ausgaben wegen der Klimaschutzfristen nicht mehr rechtzeitig zurückverdient werden können.

Die Bundesregierung hat die Dekarbonisierung Deutschlands schließlich für 2045 geplant, fünf Jahre früher als der Rest Europas. Und damit gilt weiterhin eine Aussage des früheren Energiewende-Planers und Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Patrick Graichen: „2045 ist natürlich kein Gas mehr in den Leitungen.“

Mit diesen Aussichten wird es heute schon schwer, auch nur für die Instandhaltung der Gaspipelines Geld aufzutreiben. Doch auch viele der mindestens 20 Reservekraftwerke, die noch neu gebaut werden müssen, brauchen Gasanschluss. Die Bundesnetzagentur will es Investoren daher leichter machen, ihre Ausgaben zurückzuverdienen – zulasten der Verbraucher.

Dazu dient die neue Verordnung namens KANU 2.0, eine Abkürzung, die für „Kalkulatorische Nutzungsdauern und Abschreibungsmodalitäten“ steht. Nötig seien die neuen Regeln wegen der „bis spätestens 2045 (nach Landesvorgaben teilweise auch früher) auch im Gassektor durchzuführende Dekarbonisierung“, teilt die Bundesnetzagentur mit: Ein „erheblicher Teil“ des Erdgasnetzes werde über das Jahr 2045 hinaus „nicht mehr genutzt und dann voraussichtlich stillgelegt.“ Um nun zu verhindern, „dass in der Folge erhebliche Teile der Investitionen in Gasnetze nicht wiederverdient werden können, soll der Gastransformationsprozess regulatorisch flankiert werden“.

Investoren dürfen dank KANU-Verordnung deshalb ihre Ausgaben nun deutlich schneller abschreiben und auf die Verbraucher umlegen. Wenn die Refinanzierung nicht über lange Zeiträume gestreckt wird, sondern das Geld recht kurzfristig

zurückverdient werden muss, gehe das natürlich „grundsätzlich mit höheren Entgelten einher“, warnt die Behörde die Verbraucher vor. Das sei aber besser, als wenn am Ende der Nutzungsdauer im Jahr 2045 die letzten verbliebenen Gas-Verbraucher mit hohen Entgeltsprüngen belastet werden müssten. Es sei heute nur „von einem moderaten Entgeltanstieg auszugehen“.

Aus Sicht des liberalen Wirtschaftspolitikers Ullrich fällt der Anstieg der Gasnetz-Entgelte jedoch gar nicht so moderat aus: „Die Mehrkosten würden bei circa einem Cent pro Kilowattstunde liegen“, zitiert Ullrich aus Berechnungen eines Energiedienstleisters: „Das bedeutet für einen durchschnittlichen Haushalt mit drei Personen eine Erhöhung von etwa 200 Euro im Jahr.“

„Nachdem die Gaspreise wieder auf das Niveau vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine gesunken sind, ist es für die Kunden attraktiver, weiter mit Gas zu heizen, als hohe Umbaukosten für Wärmepumpen zu stemmen“, sagt Ullrich: Doch die verbliebene Ampelkoalition versuche „alles, um die Gaskosten zu erhöhen“.

20 bis 25 Prozent Erhöhung durch den KANU-Effekt

Es sei „höchste Zeit, endlich die Ideologie einzustampfen, dass ab 2050 alles elektrisch sein soll“, fordert der FDP-Abgeordnete: „Das würde nur bei weitgehender Deindustrialisierung funktionieren, aber dann wäre Deutschland ohnehin pleite.“ Die neue Bundesregierung müsse „die künstliche Verteuerung des Gaspreises“ aufgrund der Verordnung kippen.

Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller betont, dass nur ein Teil der Gasnetzbetreiber die Umlage erhöht habe, seit die Verordnung in Kraft ist: „Wenn wir jetzt Bilanz ziehen, stellen wir fest, dass zwei Drittel der Netzbetreiber den größeren Spielraum für Entgelterhöhungen nicht genutzt haben, ein Drittel dagegen schon“, erklärte Müller in einem Interview der „Zeitung für Kommunale Wirtschaft“ (ZfK).

Bei denen, die erhöht haben, liege das Plus durch den KANU-Effekt zwischen 20 und 25 Prozent. „Das liegt absolut im Rahmen dessen, was wir erwartet haben“, erklärte Müller der ZfK: „Wir haben vor allem in den ostdeutschen Ländern ein vergleichsweise neues Netz und damit hohe Kostenanteile bei gleichzeitig sinkendem Gasverbrauch.“

„Wir brauchen ein zweites Standbein für die Stromversorgung“

Das Nebelwetter der letzten Tage hat die Ökostrom-Produktion praktisch zum Erliegen gebracht. „Wir brauchen ein zweites Standbein für die Stromversorgung“, sagt Christian Seyfert, Hauptgeschäftsführer bei VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft.

Bei 14 Netzbetreibern habe die Behörde einen besonders hohen Anstieg der Netzentgelte festgestellt. Dort habe man nachgehakt, so Müller: „Der erste Netzbetreiber hat die Erhöhung schon wieder zurückgenommen, mit den anderen sind wir noch im Gespräch.“

Nach der jüngsten Analyse des Preisportals Verivox wird Strom für private Haushalte im kommenden Jahr günstiger, während „die Gaspreise auf hohem Niveau verharren“.

Beim Erdgas wurden laut Verivox zum Jahreswechsel 64 Preiserhöhungen von durchschnittlich 18 Prozent angekündigt. Für ein Einfamilienhaus mit einem Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden steigen die Heizkosten damit um rund 416 Euro pro Jahr. Rund 700.000 Haushalte sind davon betroffen. Gleichzeitig gibt es 211 Gaspreissenkungen von durchschnittlich zwölf Prozent, was einer Entlastung von 381 Euro entspricht. Die Gaspreise sinken hier für rund 600.000 Haushalte.

„Die Entwicklung der Gaspreise im kommenden Jahr ist regional sehr unterschiedlich“, erklärte Verivox-Experte Thorsten Storck. „Während einige Versorger die gestiegenen Netzkosten ausgleichen können und ihre Preise sogar senken, steigen die Gaspreise in anderen Regionen im kommenden Jahr spürbar an.“

Die Gasnetzentgelte erhöhen sich nach Angaben des Preisportals zum Jahreswechsel bundesweit um durchschnittlich 21 Prozent, was für ein Einfamilienhaus mit einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh Mehrkosten in Höhe von rund 98 Euro (brutto) bedeutet. Zudem steige die CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe von 45 Euro auf 55 Euro pro Tonne. Für einen Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden bedeutet das ein Kosten-Plus von 43 Euro (brutto). Ebenfalls teurer wird die Gasspeicherumlage. Sie erhöht die Gasrechnung rechnerisch um 12 Euro (brutto) im Jahr.